

Protokoll über die Sitzung Nr. 10/2024 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 19. August 2024, um 14:00 Uhr im Saal der VHS

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Beigeordneter Volker Block *(ab 15:45 Uhr)*

Stellv. Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker *(bis 18:00 Uhr)*

Beigeordneter Markus Bulla

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Stellv. Ausschussmitglied Antje Johanna Kloster *(ab 15:10 Uhr)*

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Martin Burkhart

Ausschussmitglied Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jörg Engesser - Fachbereich Rechnungsprüfung

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination *(bis 18:00 Uhr)*

Felix Pflanze - Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement

Ilona Schröder - Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

als Gäste

MdL Sina Beckmann *(bis 15:15 Uhr)*

MdL Marten Gäde *(bis 15:15 Uhr)*

MdB Anne Janssen *(bis 15:15 Uhr)*

MdL Katharina Jensen *(bis 15:15 Uhr)*

Ratsmitglied Anja Mandt *(bis 18:15 Uhr)*

Stefan Schwanke – Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven

Ratsmitglied Helga Weinstock

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner *(bis 18:10 Uhr)*

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 17.06.2024 und der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS, Ausschuss für Kultur und Wirtschaft, Ausschuss für Planen und Bauen und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 21.05.2024
- 6.1 Wirtschaftliche Lage der Stadt Wilhelmshaven und Entlastungsmöglichkeiten durch Bund und Land (Gäste: Frau Janssen, Frau Beckmann, Frau Jensen, Herr Moriße)
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der fiktiven Gewinnausschüttung für das Jahr 2023 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK) **141/2024**
 - 4.2 Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ **198/2024**
 - 4.3 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen **191/2024**
 - 4.4 Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29 **181/2024**
 - 4.5 Finanzielle Förderung des Betreuungsvereins JadeBay e. V. **117/2024**
 - 4.6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Modernisierung Radwege-Infrastruktur am Ems-Jade-Kanal **541/2024**
 - 4.7 Antrag der SPD- Fraktion: Errichtung eines Aussichtsturms am JadeWeserPort Wilhelmshaven **544/2024**

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 4.8 | Antrag der SPD- Fraktion: Kaffeeautomat im Rathaus | 547/2024 |
| 4.9 | Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze | 549/2024 |
| 4.10 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: „Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern“ | 552/2024 |
| 4.11 | Antrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN: „Prüfung Projekt Gleispark Wilhelmshaven“ | 553/2024 |
| 4.12 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 202/2024 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 179/2024 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.2 | Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen | |
| 6.3 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.4 | Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung | |
| 6.5 | Strukturwandel | |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Heinemann bat darum den Tagesordnungspunkt 6.1 aufgrund der externen Gäste vorzuziehen.

Herr Schön und **Herr Becker** kritisierten, dass das Thema Finanzierung Klinikum nicht auf der Tagesordnung stehe und kündigten Fragen unter Mitteilungen und Anfragen an.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 17.06.2024 und der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS, Ausschuss für Kultur und Wirtschaft, Ausschuss für Planen und Bauen und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 21.05.2024

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des BGGS, KuA, APB und FiWiTH am 21.05.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des FiWiTH am 17.06.2024 wurde mit 8 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen ebenfalls einstimmig genehmigt.

6.1 Wirtschaftliche Lage der Stadt Wilhelmshaven und Entlastungsmöglichkeiten durch Bund und Land (Gäste: Frau Janssen, Frau Beckmann, Frau Jensen, Herr Moriße)

Herr Bruns stellte in einem Vortrag die wirtschaftliche Lage der Stadt dar. Dabei ging er insbesondere auf die dramatische Entwicklung der Soziallasten und der Ausgaben im Jugendbereich ein.

Die Gäste **Frau Beckmann, Herr Gäde, Frau Janssen, Frau Jensen** und **Herr Moriße** gaben ein kurzes Statement dazu ab. Alle zeigten Verständnis für die schwierige Situation der Kommunen und betonten, dass sie sich über Diskussionen und Anregungen freuen.

Herr Becker kritisierte, dass die Bundesmittel teilweise falsch verteilt seien und die Kommunen deutlich mehr Unterstützung benötigen. Es könne nicht sein, dass die Stadt so hohe Defizite den nachfolgenden Generationen überlässt. Er vertrat die Meinung, dass die Krankenhäuser in die Zuständigkeit der Länder gehören sollten.

Herr Gäde betonte, dass ihnen bewusst sei, dass die Kommunen derzeit akute Probleme bezüglich der Krankenhausfinanzierung haben, daher sei auch der vorzeitige Krankenhausfonds auf dem Weg. Der Minister habe grundsätzlich zugesagt, dass das Land beim Thema Kliniken und Neubau unterstützen werde.

Herr Fischer erinnerte u.a. bezüglich der Soziallasten an das Konnexitätsprinzip und daran, dass Wilhelmshaven aufgrund seiner Struktur besonders hart betroffen sei.

Herr Walpurgis machte deutlich, dass die bisherige Hilfe nicht ausreichend sei. Auch wenn Wilhelmshaven nicht alleine so schlecht dastehe, müsse sich etwas ändern.

Auf Nachfrage von **Herrn Bulla** erläuterte **Herr Bruns**, dass die Schlüsselzuweisung von vielen Faktoren abhängig sei. Bei der Verteilung auf die Kommunen wäre es für Wilhelmshaven sehr wichtig, dass auch die Kosten des Jugendamtes und die Krankenhausfinanzierung berücksichtigt werden würde. Die Gesamthöhe der Schlüsselzuweisung bestehe zu einem großen Teil aus Einkommens- und Umsatzsteuer. Hiervon seien früher 16,09 % in den Topf geflossen, mittlerweile nur noch 15,55 %. Diese Reduzierung verursache schon einen Unterschied von mehreren Millionen Euro.

Herr Schön hob hervor, wie viele Einsparungen bereits in der letzten Haushaltsplanung vorgenommen wurden. Wenn es allen Kommunen so schlecht geht, dann könne etwas nicht richtig sein. Bund und Land müssten nun akut handeln. Er bat die Abgeordneten aktiv zu werden.

Herr Oberbürgermeister Feist verwies darauf, dass im Grundgesetz verankert sei, dass überall gleich gute Lebensverhältnisse bestehen sollen. Die Mehrheit des Haushaltes bestehe aus den Bereichen Soziales und Jugend, dies sei gut investiertes Geld, aber es müsse dafür einen Ausgleich geben. Die Stadt benötige echtes zusätzliches Geld auf dem Konto. Die Projektfinanzierungen seien gut, aber dabei bleiben die Folgekosten an den Kommunen hängen. Er appellierte daher, dass es nachhaltige Finanzierungen geben sollte.

Herr Marušić merkte an, dass die Förderprogramme häufig viel zu bürokratisch seien. Die Abrechnungen seien kompliziert und extrem zeitintensiv, daher wäre eine Unterstützung über andere Wege wünschenswert.

Herr Schönfelder berichtete von diversen Einsparungen im Sozialbereich, bei denen der Bund an der falschen Stelle Geld sparen möchte. Er zeigte auch auf, dass die mittelbaren Kosten für Flüchtlinge nicht übernommen werden.

Frau Janssen, Herr Moriße und Herr Gäde boten an für weitere Gespräche zur Verfügung zu stehen und auch Anregungen und Anfragen in die jeweiligen Gremien weiterzugeben.

Herr Schaar mahnte, dass die Diskussion über die finanzielle Problemlage nicht auf den Rücken der Schwächsten ausgetragen werden dürfe.

Herr Heinemann bedankte sich abschließend bei den Gästen.

4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der fiktiven Gewinnausschüttung für das Jahr 2023 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK) **141/2024**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die fiktive Gewinnausschüttung aus dem Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" (Eigenbetrieb RNK) für das Veranlagungsjahr 2023 vollständig unter Verwendung des steuerlichen Einlagekontos geleistet wird.

- 4.2 Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ **198/2024**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“

4.3 Entschädigungszahlungen für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen **191/2024**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Anwendung der Entschädigungshöhe des § 5 a Abs. 2, Satz 2 StromNEV für die grundbuchrechtliche Eintragung von Leitungsrechten für Stromtrassen zu. Sofern diese mit den Betreibern vereinbart wird, ist kein vorheriger Beschluss durch ein politisches Gremium notwendig, um die Zuschläge für eine gütliche Einigung aus § 5 a Abs. 3 StromNEV nicht zu gefährden. Über die tatsächliche Entschädigungshöhe ist der Rat zu informieren.

4.4 Erstattung weitere Aufwendungen für Provisorium 29 **181/2024**

Herr Schön stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung, da die Vorlage auch im BGGs vertagt worden sei und noch einmal ausgiebig diskutiert werden sollte.

Herr Becker und **Herr Tönjes** befürworteten eine Vertagung.

Auf Nachfrage von **Herrn Schaar** erklärte **Herr Schönfelder**, dass eine Vertagung unschädlich sei. Das Theater halte aktuell im Gegenzug Mietzahlungen zurück.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

1. Als Ausgleich für die höheren Aufwendungen zur Errichtung der Ausweichspielstätte „Provisorium 29“ wird der Zahlung eines Betrages in Höhe von 45.452,81 € an die Landesbühne Niedersachsen (LBNN) zugestimmt
2. Mit dieser Zahlung sind alle weiteren Zahlungsansprüche der LBNN gegenüber der Stadt abgegolten
3. Die Zahlung des Ausgleichsbetrages wird Zug um Zug mit den noch ausstehenden Mietzahlungen der LBNN an die Stadt fällig

4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zahlung des Ausgleichsbetrages im Wirtschaftsplan von GGS und im Haushalt der Stadt eine entsprechende Deckung zu schaffen

4.5 Finanzielle Förderung des Betreuungsvereins JadeBay e. V.

117/2024

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und kritisierte, dass der Beschlusstext sehr knapp sei und wesentliche Inhalte teilweise nur in der Begründung enthalten seien.

Herr Bulla gab bekannt, dass er Mitglied im Vorstand des Vereins sei und sich deshalb enthalten werde.

Herr Schönfelder führte in die Beschlussvorlage ein. Im Gegenzug werde im Fachbereich Soziales eine Stelle nicht bestzt, diese Einsparung wird zur Finanzierung herangezogen. Der Betrag sei in der Begründung genannt, die genaue Zahlung wird im Laufe des Prozesses geprüft. Der Verein habe zum 01.04.2024 seine Arbeit aufgenommen, der Zuschuss wird zunächst für ein Jahr gewährt.

Herr Schön sagte, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde und bat um halbjährige Berichterstattung im SOGI.

Herr Moriße sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus und betonte, dass er beim Rechts- und Verfassungsausschuss eine Stellungnahme einholen werde.

Herr Schönfelder stellte klar, dass der Verein einen gesetzlichen Anspruch auf personelle oder finanzielle Unterstützung habe, dies ergebe sich aus dem Betreuungsorganisationsgesetz.

Frau Zaage bat darum, dass im Beschlussvorschlag eine maximale Fördersumme aufgenommen wird.

Daraufhin stellte **Herr Heinemann** einen Änderungsantrag im Namen der CDU-Fraktion, der die Aufnahme des Teilsatzes „... bis zu einem Höchstbetrag von 48.000 € p.a.“ beinhaltet.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde mit 12 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme (Herr Moriße) und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der geänderten Beschlussvorlage wurde mit 12 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme (Herr Moriße) mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschluss-

Der Rat beschließt den Zuschuss für die Querschnittsaufgaben an den Betreuungsverein JadeBay e. V **bis zu einem Höchstbetrag von 48.000 € p.a..**

4.6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Modernisierung Radwege-Infrastruktur am Ems-Jade-Kanal **541/2024**

Herr Schaar brachte den Antrag ein.

Herr Schön lobte den Antrag.

Herr Walpurgis berichtete, dass der Antrag im BTBW vertagt worden sei.

Anschließend stellte **Herr Becker** einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den BTBW.

Der Antrag auf Verweisung an den BTBW wurde mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

1. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen sowie der touristischen Infrastruktur und zum Ausbau des Radwegenetzes für den Nah- und Fernbereich zwischen (und auf den Flächen von) Friesland und Wilhelmshaven soll geprüft werden, wie Strecke am Ems-Jade-Kanal mit einem modernen, zeitgemäßen Fahrradweg ausgestattet, ergänzt oder umgestaltet werden kann. Damit soll ein optimiertes Angebot für Pendler*innen, dem Gelegenheitsradverkehr sowie für die Förderung des Fahrradtourismus erreicht werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt mit dem Landkreis Friesland sowie der NLWKN aufzunehmen, um eine möglichst gemeinsame bzw. den Gegebenheiten angemessene Beschlussvorlage zu erarbeiten, die die Strecke Kaiser-Wilhelm-Brücke - Handelshafen - Schleuse Mariensiel - Sande/Krankenhaus Sanderbusch - Dykhausen zur Schaffung eines ausgebauten verbundenen Radweges berücksichtigt.
3. Des Weiteren wird die Verwaltung in Abstimmung und Kooperation mit dem LK Friesland gebeten, sich mit den Landkreisen Wittmund und Aurich ins Benehmen zu setzen, ob und wie das Vorhaben in Zuständigkeit und eigener Verantwortung der zuständigen Gebietskörperschaften von und nach Aurich weiter modernisiert werden könnte, um die Strecke ebenfalls zu einem Fernradweg (insbesondere in Hinblick auf den Wirtschaftszweig Tourismus und das Zusammenwachsen der Region) ausgebaut werden könnte.
4. Zur Finanzierung des Vorhabens soll zudem geprüft werden, welche Fördermöglichkeiten dafür aus Bundes- und Landesmitteln sowie aus dem Kohlestrukturhilfen (siehe Gegenstand der Förderung 2.1. sowie 2.1.2. Verkehr, 2.1.4. Stadt- und Regionalentwicklung und 2.1.6. touristische Infrastruktur) zur Verfügung stehen.

5. Geprüft werden soll unter Einbeziehung der WTF und der Wirtschaftsförderung zudem, ob in diesem Vorhaben eine Einbeziehung und Ergänzung der Fährverbindung Wilhelmshaven - Eckwarderhörne - Dangast für touristische Aspekte sowie für den Pendlerverkehr, auch durch eine Ganzjahresverbindung (evt. mit autonom fahrenden) Fahren umsetzbar ist.
6. Dem Rat der Stadt ist spätestens in zwölf Monaten zu berichten.

4.7 Antrag der SPD- Fraktion: Errichtung eines Aussichtsturms am JadeWeserPortWilhelmshaven **544/2024**

Herr Baruschke brachte den Antrag ein.

Herr Schön stellte einen Änderungsantrag im Namen der SPD-Fraktion. Der Änderungsantrag beinhaltete, dass die Punkte 1 bis 3 des Ursprungsantrages Prüfaufträge werden und zusätzlich zu prüfen ist, ob die Errichtung des Aussichtsturms über Sponsoren realisiert werden kann und eine Skulptur integriert werden kann, um am Hafen künstlerische Akzente zu setzen.

Frau Mandt berichtete, dass der Antrag im BGGs zurückgezogen worden sei und noch einmal neu eingebracht werden sollte.

Herr Fischer begrüßte den Antrag grundsätzlich, verwies aber darauf, dass es bereits eine Turmplanung gab, die aus Kostengründen jedoch nicht weiterverfolgt worden sei.

Herr Fischer stellte einen weiteren Änderungsantrag, demnach soll parallel mit den zuständigen Stellen am JadeWeserPort geprüft werden, ob die Öffnung des abgesperrten Teils der Südberme (Tor) für Fußgänger und Radfahrer alternativ möglich wäre.

Herr Schaar hinterfragte, ob die Lichtzeichens des Leuchtturms eine Alternative wären und wem der Leuchtturm gehöre.

Außerdem merkte er an, dass der Fahrradweg und die Untertunnelung dort dringend geprüft werden müsste.

Herr Marušić erläuterte, dass der Leuchtturm dem Wasser- und Schifffahrtsamt gehöre. Der Blick von dort sei grandios, allerdings sei dafür der Weg hoch sehr beschwerlich. Eine Öffnung für die Öffentlichkeit sei aus Versicherungstechnischen Gründen nicht so einfach. Grundsätzlich seien die Prüfaufträge der richtige Weg.

Herr Schön betonte, dass es wichtig sei, dass der Turm für alle gut zugänglich sein wird.

Herr Tönjes merkte an, dass die Inklusion dabei nicht vergessen werden sollte und hinterfragte, welche finanziellen Auswirkungen so ein Aussichtsturm haben würde.

Auf Nachfrage von **Herrn Weithöner** erklärte **Herr Müller**, dass es eine vertragliche Verpflichtung zum Bau eines Aussichtsturms gab, die jedoch nicht mehr bestehe. Man habe damals die anderen Gesellschafter aus dem betreffenden Unternehmen rausgekauft und dafür eine Ablöse bekommen, in diese Ablöse wurde der Turm eingerechnet. Der Turmbau sei u.a. nicht erfolgt, weil eine Pfahlgründung notwendig gewesen wäre und der kostenintensive Einbau eines Fahrstuhls erfolgen sollte. Von der Ablöse wurde zum Beispiel die Ausstellung JadeWeserPort erneuert.

Die Änderungsanträge von der SPD-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW wurden mit 9 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Dem geänderten Antrag wurde mit 9 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven **beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob beschließt,**

1. Am Ende der Arthur-Grunewald-Straße **soll** ein Aussichtsturm errichtet werden **kann**, um Einheimischen und Touristen eine bessere Aussicht auf den Hafen zu ermöglichen.
2. Der Standort des Aussichtsturms soll so gewählt werden, dass der direkte Zugang und die Sicht auf den JadeWeserPort gewährleistet sind, ohne durch den bestehenden Zaun behindert zu werden.
3. Der Aussichtsturm **soll** als kostengünstige und attraktive Ergänzung zur bestehenden Infrastruktur des JadeWeserPorts geplant und umgesetzt werden **kann**.
4. **Die Errichtung des Aussichtsturmes über Sponsoren realisiert werden kann**
5. **Auf dem Aussichtsturm eine Skulptur integriert werden kann, um am Hafen künstlerische Akzente zu setzen.**
6. **Parallel soll durch die Verwaltung gemeinsam mit den zuständigen Stellen am JWP geprüft werden, ob die Öffnung des abgesperrten Teils der Südberme (Tor) für Fußgänger und Radfahrer alternativ möglich ist.**

4.8 Antrag der SPD- Fraktion: Kaffeeautomat im Rathaus

547/2024

Herr Baruschke brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung, da das Thema operatives Geschäft der Verwaltung sei.

Die **Herren Baruschke, Moriß, Schaar, Bulla, Tönjes, Stoffers** und **Schön** diskutierten über die Nichtbefassung.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass seit geraumer Zeit Gespräche zwischen dem Fachbereich Organisation und dem Personalrat stattfinden und man zu einem Ergebnis kommen werde. Der Rat könne sich so ein Thema heranziehen, die Verwaltung sei aber bereits dabei.

Herr Baruschke zog den Antrag zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Im Rathaus Wilhelmshaven soll ein Kaffeeautomat installiert werden, der sowohl den Mitarbeitern des Rathauses als auch den Besuchern und Ratsmitgliedern zur Verfügung steht.
2. Der Automat soll verschiedene Kaffeespezialitäten zu einem Preis von 50 Cent pro Getränk anbieten.
3. Der Automat soll die Möglichkeit zur digitalen Zahlung (z.B. EC-Karte, Kreditkarte, Smartphone) bieten.
4. Die Auswahl und Platzierung des Automaten soll analog zu dem Modell im Neuen Gymnasium Wilhelmshaven (NGW) erfolgen.

4.9 Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze **549/2024**

Herr Baruschke brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Becker teilte mit, dass er den Antrag grundsätzlich zustimme, dieser aber nicht im zuständigen Fachausschuss beraten worden sei. Er beantragte daher die Verweisung an den Fachausschuss.

Herr Block, Herr Schaar, Herr Stoffers und **Frau Mandt** befürworteten die Verweisung und baten darum die Formulierungen zu überprüfen, die Ortschaften zu konkretisieren und die finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung an den Fachausschuss wurde einstimmig angenommen.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
es sollen Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze aufgestellt.

4.10 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: „Prüfung von Flächen im Stadtgebiet für das Wohnen in Tiny Häusern“ **552/2024**

Herr Schaar brachte den Antrag ein.

Herr Block erklärte, dass er sich an der Diskussion nicht beteiligen werde.

Herr Schön, Herr Tönjes, Herr Becker und Herr Stoffers sprachen sich gegen den Antrag aus. Als Gründe dafür wurde angebracht, dass die Verwaltung nicht zuständig und die Wohnform nicht nachhaltig sei. Sollten Investoren Interesse an Tiny Häusern haben, könnten diese regulär Baugrundstücke erwerben.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

1. Der Rat der Stadt begrüßt grundsätzlich die Schaffung von Möglichkeiten zur Ansiedlung von Tiny Houses/Tiny Häusern (Minihäusern) als eine alternative innerstädtische Wohnmöglichkeit.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Standorte für das Aufstellen und die Ansiedlung von Tiny Häusern auf städtischem Grund zu identifizieren und notwendige Maßnahmen sowie Kosten (Vorbereitung der Fläche, Prüfung der Schadstoffbelastung des Bodens etc.) zu benennen.
3. In der Prüfung sollen im Stadtgebiet verschiedene Standorte gefunden und benannt werden. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten, für Interessenten kleine Flächen zu mieten oder zu pachten. Grundsätzlich sollen die auszuweisenden Flächen im städtischen Besitz verbleiben. Bestehende Park- und Grünflächen sollen nicht herangezogen werden, um weitere Versiegelungen zu vermeiden.
4. Geprüft werden soll, ob bei der Entwicklung neuer Baugebiete auch Grundstücke für die Nutzung von Tiny Häusern angeboten können. Bei fehlender Nachfrage könnten diese nachträglich zusammengefasst und als reguläre EFH-Grundstücke veräußert werden.
5. Ergänzend wird die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, Überlegungen zur Schaffung einer dedizierten Tiny Haus-Kleinsiedlung als Modellprojekt für dauerhaft nachhaltiges ökologisches und klimafreundliches Wohnen zu prüfen. Dabei sind die Möglichkeiten staatlicher oder anderer Förderungen für dieses Projekt einzubeziehen auch um die Kosten für alle Beteiligten und Nutzer*innen gering zu halten.
6. Dem Rat der Stadt ist in spätestens zwölf Monaten zu berichten.

4.11 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN: „Prüfung Projekt Gleispark Wilhelmshaven“ **553/2024**

Herr Schaar brachte den Antrag ein.

Herr Block stellte einen *Änderungsantrag*. Demnach soll zusätzlich im Antrag aufgenommen werden, dass die Verwaltung die Ergebnisse im APB spätestens im Juni 2025 präsentiert und dass der Seniorenbeirat, der Behindertenbeirat und das Jugendparlament beteiligt werden.

Herr Becker begrüßte grundsätzlich den Antrag. Er verwies darauf, dass die Beiräte bereits in den Ausschüssen vertreten seien und somit beteiligt werden.

Herr Tönjes unterstützte den Antrag, betonte dabei, dass es wichtig sei entsprechende Fristen aufzunehmen.

Der Änderungsantrag wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Herr Marušić teilte mit, dass die Verwaltung den Antrag befürwortet. Die kommerzielle Verwendung der Fläche sei gescheitert und REACT sei zu klar abgegrenzt. Man habe bereits mehrfach über eine ähnliche Nutzung diskutiert.

Der geänderte Antrag wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

1. Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung um Prüfung, wie die städtische Freifläche am Bahnübergang Mitscherlichstraße (Ecke Luisenstraße und Ebertstraße) zu einer attraktiven, modernen und inklusiven und öffentlichen Freizeitfläche für Menschen verschiedener Altersgruppen und Freizeitinteressen umgestaltet werden könnte.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche räumlichen Möglichkeiten die vorhandene Fläche erlauben würde und welche notwendigen Maßnahmen und Kosten (Vorbereitung der Fläche, Prüfung der Schadstoffbelastung des Bodens etc.) zu erwarten wären.
3. Zur Finanzierung des Vorhabens „Gleispark Wilhelmshaven“ soll geprüft werden, welche evtl. Fördermöglichkeiten aus Bundes- und Landesmitteln sowie aus den Kohlestrukturhilfen (siehe Gegenstand der Förderung wie 2.1., 2.1.4. Stadt- und Regionalentwicklung und 2.1.6. touristische Infrastruktur) für einen „Gleispark Wilhelmshaven“ zur Verfügung stehen könnten.
4. Die Verwaltung präsentiert spätestens im Juni 2025 die Ergebnisse im APB.
5. Der Seniorenbeirat, der Behindertenbeirat und das Jugendparlament werden beteiligt.

4.12 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **202/2024**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spende.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein NGW e. V. Mühlenweg 63/65 26384 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Geldspende zur Förderung pädagogischer Projekte /Schulhofgestaltung

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **179/2024**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Club zu Wilhelmshaven Postfach 13 21 26353 Wilhelmshaven	400,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
2. Geschäftsstelle Hasso Scharnweber und Annchen Warings- Konken-Stiftung Mühlenweg 31-35 26441 Jever	500,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Parkgebühren

Herr Becker fragte, wie viel Einnahmen durch die Erhöhung der Parkgebühren entstanden seien und welchen Einfluss die Erhöhung auf die Gewerbesteuereinnahmen hatte.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass aufgrund der Aussagefähigkeit ein Vergleich nach einem Jahr erfolgen soll.

Herr Bruns ergänzte, dass die Gewerbesteuer eine Jahressteuer sei und unterjährig daher keine Aussage erfolgen könne. Die Verwaltung habe vor die regionale Entwicklung der Gewerbesteuer aufzuzeigen, ob diese durch die Parkgebühren beeinflusst worden sei, könne man so aber nicht sagen.

Herr Baruschke und **Herr Block** sagten, dass die Parkgebührenerhöhung ein Fehler gewesen sei.

Herr Tönjes hob hervor, dass der ÖPNV gestärkt werden müsse.

Frau Kloster erkundigte sich, ob eine Maßnahme aus dem Haushaltssicherungskonzept wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Herr Bruns antwortete, dass dies eine Haushaltsverschlechterung bedeuten würde und man dann Ideen benötige um diese auszugleichen.

Finanzierung Klinikum

Herr Becker zeigte sich verwundert darüber, dass der Zuschuss an das Klinikum nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Man wisse kurz vor der Ratssitzung weiterhin nicht, ob das Klinikum zu retten sei. An dem Sachverhalt seien Anwälte beteiligt, zu denen die Mehrheit des Rates kein Vertrauen mehr habe.

Herr Schön schloss sich der Aussage von Herrn Becker an und verlangte, dass die Beschlussvorlage rechtzeitig zur Verfügung stehen soll. Man werde alles geben, damit das Klinikum nicht insolvent werde.

Herr Schaar und **Frau Zaage** wünschten auch mehr Infos, zeigten dabei jedoch Verständnis für die Verwaltung. Sie seien sich sehr sicher, dass die Verwaltung beziehungsweise die Kämmerei gerade alles tue und selber gerne gesicherte Zahlen hätte. Außerdem erkannten sie die Bemühungen der Verwaltung an, den Rat bei dem Thema laufend mitzunehmen.

Herr Block bedankte sich bei Herrn Bruns und die Kämmerei für die Arbeit und betonte, dass er vollstes Vertrauen zu ihnen habe.

Herr Bruns berichtete, dass man derzeit noch an einer Fortführungsmöglichkeit arbeite und man noch auf externe Zuarbeit angewiesen sei. Am Folgetag solle die Beschlussvorlage verschickt werden. **Herr Bruns** verdeutlichte wie hart und lange die Verwaltung an diesem komplexen Thema arbeite.

6.2 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller informierte, dass es aufgrund anderer Aufgaben in den letzten Wochen zu dieser Sitzung keinen gesonderten Vortrag geben werde. Auf Wunsch von Herrn Schön sollte für den nächsten Vortrag ein besonderer Schwerpunkt auf die Gewerbesteuer gelegt werden, dies sei noch nicht vortragsreif. Das Thema werde daher im Oktober aufgegriffen.

6.3 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-Keine Wortmeldungen -

6.4 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

-Keine Wortmeldungen -

6.5 Strukturwandel

Herr Schwanke stellte in seinem Vortrag zum Strukturwandel die Sachstände der jeweiligen Anträge und die weiteren Vorhaben vor.

Herr Becker, Herr Schön und **Herr Walpurgis** kritisierten, dass es zu langsam vorwärtsgehe und kaum Fortschritte erkennbar seien. Insbesondere herrschte Unverständnis darüber, dass auch die touristischen Maßnahmen (z.B. Attraktivierung Südstrand) bisher nicht umgesetzt wurden. **Herr Schön** betonte, dass gerade bei diesen Maßnahmen auch der KuA beteiligt werden sollte.

Herr Schön und **Frau Weinstock** drängten darauf, dass endlich der Bau der Marion-Dönhoff-Schule (MDS) in die Gänge kommt.

Herr Marušić und **Herr Schwanke** berichteten, dass die Anträge für die MDS sehr aufwändig seien und umfangreiche Planungsleistungen notwendig seien. Die Planungsphase 2 sei abgeschlossen und man müsse zeitnah über Kostensteigerungen des Baus sprechen.

Herr Block regte an, dass auf der städtischen Homepage eine Übersicht über die Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Er merkte an, dass viele Themen anliegen und die stückweise Abarbeitung fehle. Es müsse ein Gesamtpaket erstellt werden und man solle darüber nachdenken, wie alles besser zu koordinieren sei.

Herr Oberbürgermeister Feist stimmte zu, dass der Strategiemangel ein großes Problem sei und dringend ein Konzept benötigt werde. Im November soll ein Strategiepapier in die Gremien eingebracht werden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:03 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin